

Warum uns die Bundeswehr nicht schützt

Immer wieder wird behauptet, die Bundeswehr sei nach wie vor notwendig, um Deutschland notfalls gegen einen Angreifer verteidigen zu können. Doch die Bundeswehr soll in Zukunft vor allem international eingesetzt werden, unter anderem zur Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen. Außerdem gilt: militärische Verteidigung schützt nicht, sie führt zur Selbstzerstörung (mehr....)

Deutschland ist nach dem Ende des Kalten Krieges nur noch von Freunden umgeben, keiner unserer Nachbarn bedroht uns militärisch. Selbst wenn der völlig unwahrscheinliche Fall eines Angriffs eintreten würde, bleibt eines zu bedenken: Die Verteidigung einer Industriegesellschaft mit militärischen Mitteln führt zwangsläufig zu ihrer Zerstörung. Wir sind vollkommen abhängig von einer funktionierenden Wasser-, Strom- und Gasversorgung. Im Krieg werden aber Versorgungseinrichtungen zerstört und Transportwege unterbrochen, die Industrieproduktion bricht zusammen. Auch die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ist im Kriegsfall spätestens nach einigen Tagen gefährdet.

Einem Angreifer militärisch zu begegnen, könnte auch bedeuten, dass dieser gezielt die Anfälligkeit der Industriegesellschaft nutzt und versucht, die Infrastruktur vernichten. Chemiefabriken und Atomkraftwerke wären einem Angriff schutzlos ausgeliefert. Aus den zerstörten Anlagen würden riesige Mengen an Gift und radioaktiven Stoffen frei. Verteidigung führt also zur Selbstzerstörung - auch ohne den Einsatz von Atomwaffen!

Hilfe bei Katastrophen - besser durch zivile Organisationen

In der Vergangenheit hat sich die Bundeswehr durch Hilfseinsätze bei Naturkatastrophen nützlich gemacht. Da ging es um den Transport von Hilfsgütern, die Sicherung von Dämmen bei Hochwassergefahr, die Evakuierung von Katastrophengebieten. Die Bundeswehr hat bewiesen, dass sie das alles kann - und sie sollte in Krisen- und Katastrophenfällen auch weiter helfen, solange es sie noch gibt.

Aber die Möglichkeit zur Katastrophenhilfe ist kein ausreichender Grund dafür, eine Armee zu unterhalten. Das Technische Hilfswerk oder die Feuerwehr, entsprechend ausgestattet und ausgebildet, können diese Aufgabe billiger und zweckmäßiger erledigen als eine bewaffnete Streitmacht.

Kriege für Wirtschaftsinteressen drohen

Die neue Hauptaufgabe der Bundeswehr neben der Landesverteidigung ist die militärische „Krisenbewältigung“. Sie erfordert die Fähigkeit zur militärischen Intervention. Deshalb wird die Bundeswehr derzeit in die Lage versetzt, jederzeit und überall auf der Welt einzugreifen und Truppen zu stationieren. Zu den Aufgaben, die von der Bundeswehr im Rahmen solcher Missionen übernommen werden sollen, gehört auch die Absicherung von Rohstoffquellen und Handelswegen.

Das haben führende deutsche Politiker schon deutlich gemacht und im Weißbuch der Bundeswehr und in den Verteidigungspolitischen Richtlinien wird deutlich darauf verwiesen. In den Richtlinien heißt es: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung.“ Weiter wird betont, es gehöre zu „den deutschen Sicherheitsinteressen“, einen „freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.“

Das Grundgesetz sieht allerdings nicht vor, dass deutsche Streitkräfte zur Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen eingesetzt werden. Und dem Friedensauftrag des Grundgesetzes, das ja nach den Erfahrungen eines verheerenden Krieges geschaffen wurde, würde dies auf keinen Fall entsprechen

Interventionsfähigkeit wird zum Bumerang

In der Vergangenheit war die Bundeswehr darauf orientiert, einen Angriff aus dem Osten abzuwehren. Sie war vollständig in die Kommandostrukturen der NATO eingebunden, also nicht zur eigenständigen Kriegsführung in der Lage. Wenn sie jetzt die Fähigkeit erhält, auch allein militärisch zu intervenieren, ist das eine neue Variante der Abschreckungs- und Drohpolitik. Aber selbst eine militärische Interventionsfähigkeit der Bundeswehr im Bündnis mit anderen Armeen (siehe z.B. Kosovo, Afghanistan) ist hoch problematisch: Denn damit wird den von einer Streitmacht der NATO (oder in Zukunft der EU) bedrohten Staaten die Begründung dafür geliefert, sich Massenvernichtungswaffen und weitreichende Raketen anzuschaffen. Diese Staaten werden in einigen Jahren objektiv in der Lage sein, Europa zu bedrohen. Unsere Sicherheit verringert sich also durch die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr.